

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1870**

19.3.1870 (No. 66)



# Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

N<sup>o</sup>. 66.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)  
Preis 1 fl. 18 kr.; durch die Post be-  
tragen 1 fl. 38 kr. vierteljährlich.

Samstag, 19. März

Druckkostengebühr:  
die verkauften Beträge oder deren  
Kauf 3 Kreuzer.

1870.

## Zur sozialen Frage.

I.

Am 6., 7. und 8. d. M. tagte in Elberfeld eine Versammlung der christlich-sozialen Vereine Rheinlands und Westfalens. Den darauffolgenden Tag hielt der mittelhheinische Fabrikantenverein seine regelmäßige Monatsversammlung (wo?). Es wurde den Vereinsmitgliedern, wie man der „N. Z.“ schreibt, der für den Verein gewonnene ständige Sekretär, Herr Jul. Schulze aus Karlsruhe vorgestellt. Gegenstand der Verhandlung war die Frage über Errichtung von Arbeiterwohnungen. Man schlug folgende Resolutionen vor: „1) Es besteht ein dringendes Bedürfnis, die gegenwärtigen Wohnungsverhältnisse, zumal diejenigen der arbeitenden Klasse, zu verbessern. 2) Die Befriedigung dieses Bedürfnisses ist nicht allein eine Forderung der Humanität, sondern entspricht zugleich in hohem Maß den materiellen Interessen der Arbeitgeber und der dringenden Nothwendigkeit, ein Band der Gegenseitigkeit und des Vertrauens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herzustellen. 3) Der geeignete Weg, um in diesem Sinne zu wirken, ist zwar vielfach durch die lokalen Verhältnisse bedingt; als das richtigste und mit der größten Wahrscheinlichkeit erfolgversprechende Verfahren darf aber die Herstellung selbstständiger Arbeiterhäuser und deren Verkauf gegen Annuitäten bezeichnet werden.“

So viel über diesen Verein und dessen Versammlung am Mittelrhein. Beifügen möchten wir nur noch, daß es endlich für Karlsruhe an der Zeit wäre, nachdem übergenug geschrieben, geredet und resolvirt ist, in der Wohnungsfrage werththätig Ernst zu machen.

Die Versammlung in Elberfeld ist eine Erscheinung besonderer Art; aus der festen Ueberzeugung hervorgegangen, daß die wirkliche, gesunde und friedliche Lösung der sozialen Fragen nicht außer oder neben dem Christenthum, sondern nur in demselben, lediglich unter lebendiger Durchdringung aller Gebiete und Schichten mit den Grundsätzen des Christenthums zu ermöglichen sei.

Angeregt worden war diese Versammlung der christlich-sozialen Vereine durch einen Aufruf in Nr. 11 der „Christlich-sozialen Blätter“ von den Herren Professor Dr. Schulte, Freiherrn von Schorlemer-Alst und Kaplan Gronheid.

Vierzehn Vereine aus Rheinland und Westfalen hatten diese Versammlung, welche etwa 150 Theilnehmer zählte, besichtigt. Pfarrer Friderici aus Elberfeld leitete die Verhandlungen mit einer Ansprache ein. Professor Dr. Schulte aus Paderborn erklärte im Namen der von der 20. kath. Generalversammlung in Düsseldorf gebildeten sozialen Sektion den Zweck der Zusammenkunft, der nicht bloß in dem Meinungsaustausch bestehe, sondern auch Praktisches in Angriff zu nehmen.

F<sup>h</sup>r. v. Schorlemer-Alst weist darauf hin, daß die wichtigste Seite der Thätigkeit der kathol. Kasinos in

Zukunft ihr Eingreifen in die soziale Frage sein müsse, und daß man in ihnen den Krystallisationspunkt, die Errichtung von Kredit-, Spar- u. Unterstützungskassen zu suchen habe.

Herr Dr. jur. Lieber aus Kamberg in Nassau, als Vorsitzender eines halb städtischen, halb ländlichen kath. Kasinos in einem Landstädtchen, wo meist Ackerbau und Gewerbe zusammen in denselben Händen liegen, gibt ein Bild des dort bereits Geschaffenen, das recht erfreulich ist, neben dem Einfluß, den der Verein auf die Wähler geübt, sowie auf die soziale Befriedigung im Allgemeinen.

Der Vorsitzende stellt darauf den Antrag zur Diskussion, ob es nöthig sei, die städtischen Kasinos ausschließlich konfessionell katholisch zu halten.

Buchdruckereibesitzer Pleß aus Elberfeld hebt die Schwierigkeiten hervor, welche einer Vereinigung der Konfessionen auf gesellschaftlichem Gebiete, wenn man zugleich eine Wirksamkeit auf das öffentliche Leben üben wolle, überall entgegenstehen. Er meint, daß es zu Hader und Streit führen könne, oder andererseits zu einer Verflachung, die man von der Hand weisen müsse, da heutzutage die religiöse Engherzigkeit auch auf bürgerlichem Gebiete nöthig sei. Er stellt ein solches Verhältniß in Vergleich mit den konfessionslosen Schulen.

Dr. Lieber nimmt davon Gelegenheit, die schlimmen Folgen der in Nassau seit fünfzig Jahren bestehenden Zwangs-Simultanschulen kurz zu schildern; es herrsche dort in Folge dieser Schulen eine konfessionelle Gerechtigkeit, wie man sie hier gar nicht kenne. Die gläubigen Christen anderer Konfessionen möchten eigene Kasinos gründen und in edlem Wettstreit mit uns zum gleichen Ziele hinarbeiten.

F<sup>h</sup>r. v. Schorlemer führt die Diskussion auf die Hauptfrage zurück, wie die bestehenden kathol. Kasinos sich zunächst des Handwerkerstandes annehmen und dann auch für den Arbeiterstand allmählig etwas thun könnten. Er stellt demgemäß den Antrag: „Die Versammlung der christlich-sozialen Vereine beschließt, die katholischen, bezüglich christlichen Kasinos und Bürgergesellschaften, in welchem sich alle Stände vereinigen, aufzufordern; 1) Sich der Interessen des Handwerker- und Arbeiterstandes anzunehmen und durch Bildung von Kredit-Vereinen, Genossenschaften und christlichen Arbeiter-Vereinen, deren religiös-sittliches und materielles Wohl zu fördern; 2) mit der Sektion des Central-Komite's für die soziale Frage und unter einander sich in Verbindung zu setzen.“

Lehrer Breuer erörtert die fünfundsiebenzigjährige Wirksamkeit der Gesellschaft Parlament, in deren Räumen die Versammlung tagt. Er zeigt, wie aus ihr die schönen Anfänge zur Besserung der sozialen Verhältnisse hervorgegangen, die in Elberfeld existiren, so der Spar- und Darlehens-Verein, welcher im vorigen Jahre 104,000 Thlr. Darlehen ausgegeben, und ferner die Antonius-Gesellschaft und der kathol.

Bürger-Verein. Er spricht den Wunsch aus, daß auch besser situirten Stände diesen Gesellschaften den Einfluß ihrer höheren Bildung nicht versagen und den Umgang mit ihren Gesinnungs-Genossen von bescheidener Lebensstellung zu deren Gunsten mehr suchen sollten.

Ein anderer Redner beklagt, daß in manchen Städten die höheren Stände sich zurückzögen, während z. B. in Mainz dieselben in anerkannter Weise am katholischen Kasino persönlich sich betheiligten.

Pfarrer Haselhorst aus Schwelm schlägt vor, in den Kasinos für die Arbeitfrage spezielle Komite's zu bilden.

Der Antrag des F<sup>h</sup>r. v. Schorlemer wird einstimmig angenommen; der Antrag des Pfarrers Haselhorst dagegen nach kurzer Diskussion abgelehnt.

## Landtagsverhandlungen.

△ Karlsruhe, 16. März. In der heutigen öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer brachte der Abg. Rothhirt folgende Motion zur Anzeige: „S. R. H. den Großherzog in einer unterthänigsten Adresse um Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes zu bitten, mittelst dessen zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden an Stelle des dazu durch höchste Verordnung vom 20. Okt. 1849 berufenen verstärkten großh. Staatsministeriums, sei es das im einzelnen Falle zuständige Gericht, sei es das höchste Gericht des Landes, sei es ein aus Richtern und anderen Staatsbeamten zu bildender besonderer Gerichtshof für berufen erklärt, sowie über die Formen und Fristen, in denen Kompetenzstreitigkeiten beflagter Art zu erheben und zu entscheiden seien, Bestimmung getroffen werde.“

Unterstützt durch: Lindau, Wählhäusser, Baumstark, Lender, Kayser, Bissing.

+ Karlsruhe, 18. März. I. Samstag, 12. März, 70. öffentl. Sitzung der 2. Kammer. Auf der Regierungsbank der Präsid. des Finanzministeriums Gläntzer und Geh. Referendar Regenauer. Es wurden Petitionen, insbesondere gegen Weinsälschung angezeigt. Die Tagesordnung führt zur Berathung des Gesetzesentwurfes über Abänderung des § 2, Satz 3 des Gewerbesteuergesetzes vom 23. März 1854. Derselbe wird nach einer kurzen Diskussion, an welcher sich die Abgg. Schuster, Reul, der Präsident des Finanzministeriums, der Berichterstatter Nikolai betheiligten, einstimmig angenommen. Der Voranschlag für den umlaufenden Betriebsfond der Jahre 1870 und 1871 mit 3,974,400 fl. wird genehmigt.

Ueber die Petition der Schmalmehger, Aenderung der Fleischaccise betr. wird zur Tagesordnung übergegangen. Ebenso geschah es bezüglich einer Petition des Arbeitervereins von Pforzheim.

II. Dienstag, den 15. März. 71. öffentl. Sitzung

## Berschiedenes.

Karlsruhe, 12. März. In den nächsten Wochen wird demjenigen Theil des hiesigen Publikums, welcher für unsere klassische Literatur ein ernsteres Interesse hegt, ein großer Genuß durch eine Reihe von Vorträgen des Hrn. Dr. M. Bernays über Klopstock, Schiller und Goethe geboten werden. Wer sich etwas mit dem Stande der gelehrten Forschung auf diesem Gebiete vertraut gemacht hat, der weiß, daß Bernays zu den gründlichsten Kennern und scharfsinnigsten Kritikern in demselben gehört. (B. Chr.)

Berlin. Im Jahre 1867 wurde hier gegen die R<sup>h</sup>ischen Eheleute eine Untersuchung wegen Mords ihres 14 Jahre alten Sohnes eingeleitet, die jedoch wieder eingestellt wurde, weil ein genügender Beweis nicht ermittelt werden konnte. Jetzt ist der angeblich Ermordete plötzlich wieder zum Vorschein gekommen. Der Bursche hatte sich nämlich heimlich aus dem elterlichen Hause entfernt, seitdem im Mecklenburgischen herumgetrieben u. ist nunmehr von dort hierher dirigirt worden.

In Berlin findet die erste Aufführung der „Meistersinger“ von Richard Wagner am 22. März, Königs-Geburtstag, statt. Die Oper ist mit großem Glanz inscenirt. An dem Tage ist wie gewöhnlich Gala-Vorstellung. Der ganze Hof wird der Vorstellung beiwohnen. Der Andrang zu Villen ist beispiellos.

In Frankfurt a. M. fand unlängst eine eigenthümliche Wohnungs-Ausweisung statt. Eine oberbessische Familie hatte in einem Hause, in welchem der Eigentümer nicht wohnt, eine schöne große Wohnung bezogen; am Hausjungs-Bezahlen fand

sie jedoch keinen Geschmack. Es kam zur Klage und in Folge dessen zur Exmision. Die Leute zogen pünktlich an dem bestimmten Tage und zur angezeigten Stunde aus. Der Fiscal überzeuete sich, daß die Wohnung geräumt und war froh, dieser mißlichen Angelegenheit entbunden zu sein, als nach einigen Tagen er mit der Fiobspost überrascht wurde, daß die Exmitionisten zwar die Wohnung zu ebener Erde geräumt, aber in die leerstehende Wohnung im ersten Stock eingezogen seien. Nun mußte von neuem exmitionirt werden. Jetzt ging aber die Sache nicht so schnell ab, denn die Betreffenden fanden keinen Geschmack daran, im Freien zu lampiren.

Leipzig, 10. März. Ignaz Moscheles, einst berühmter Pianovirtuose, in den letzten Jahren eine Bieder des Leipziger Konservatoriums, ist gestern früh, 76 Jahre alt, hier gestorben.

Wien, 10. März. Gestern Vormittag brach in dem Krankenhaus auf der Wieden Feuer aus, welches eine Ausdehnung annahm, die hier ganz ungewöhnlich ist. Fast der ganze Dachstuhl des weitläufigen Gebäudes wurde ein Raub der Flammen; aus dem obersten Stockwerke mußten die Kranken weggebracht werden. Erst nach vierstündiger Arbeit gelang es der städtischen Feuerwehr, den Brand zu bewältigen.

Wien, 12. März. Man weiß, daß der Kontrakt mit Fräulein Rabatinsky von der Opern-Direktion aufs Neue abgeschlossen worden ist. Weniger bekannt ist die exorbitante Höhe der Gage, welche für diese Sängerin festgesetzt worden ist. Fräulein Rabatinsky ist auf 3 Jahre mit steigender Gage (16-, 17- u. 18,000 Gulden) engagirt.

Dieser Tage fand in Wien der Cartellcommer's der hiesigen

Burschenschaft Freya und der Prager Burschenschaft Germania statt. Die Professoren Thering und Schäfte und der Rhapsode Wilh. Jordan nahmen an dem Feste Theil, welches manche Kundgebungen für die Einheit und Freiheit Deutschlands hervorrief. Aus Baden-Baden kam von Georg Herwegh folgender Festgruß:

Es sprachen die Kanonen:  
Ihr sieben Millionen,  
Ihr müßt aus Deutschland fort!  
Die sieben Millionen.  
Die sprechen: Ihr Kanonen  
Habt nicht das letzte Wort.  
Wir halten, auch verstoßen,  
Am ganzen, freien, großen  
Volldeutschland treulich fest!  
Auf dieses anzustoßen,  
Komm' ich, ihr Stubiosen,  
Im Geist zu eurem Fest.

Es sind übrigens der Deutschen acht Millionen in Cis- und zwei Millionen in Transleithanien.

— Durch eine voreilige Aufnahme Badens fürchtet Bismard die volle Einigung mit dem Süden noch um eine ganze bayerische Bahiperiode — um 5 bis 6 Jahre — zu verzögern.

Kurz vorher aber hatte er gesagt: ehe eine Preffion angewendet werden solle, wolle man lieber noch ein Menschenalter warten. Wann will er uns also eigentlich zwingen? In fünf Jahren oder in dreißig Jahren?  
Oder so bald er kann?? (Punsch.)



der 2. Kammer. Am Ministertisch St.-M. Dr. Jolly, Handelsministerpräsident v. Dusch, Geh. Referendar Muth. Der Abg. Hufschmid zeigt an, daß die Berichte über Militärstrafgesetze fertig seien und beantragt vom Drucke derselben abzusehen und solche in den nächsten Tagen zu beraten.

Köppert und Lindau hatten eine längere Frist zur Vorbereitung gewünscht; Dr. Jolly spricht für Beschleunigung, da der Landtag bis Palmsonntag beendet sein müsse. Die Tagesordnung führt zur Berathung des Gesetzentwurfs, betr. den Bau einer Gotthardbahn. Nach diesem soll die Regierung ermächtigt werden zum Bau einer Gotthardbahn aus der Eisenbahnschuldentilgungskasse 3 Millionen Franken subventioneweise zu verausgaben.

Abg. Kirsner befürwortet in mündlichem Berichte diese Subvention, will aber, daß diese 3 Millionen die höchste Summe seien, mit welcher die Gr. Regierung subvenire und solches zu Protokoll erklärt werde. Ihm schließen sich an die Abgg. Tritschler, Hummel, Friedrich, Lamey, Gerwig, Kusel und die Regierungsbank. Sei; würde die Lufmanier für besser halten, Lindau hat Bedenken bezüglich unserer Eisenbahnschuld und bezüglich des Gotthardunternehmens. Baumstark hielte eine Lufmanierbahn für das Großherzogthum vorthafter, kann aber das Verhältniß der 3 Millionen Franken zum Vortheile Badens nicht einsehen. Ebenso Dr. Bissing. Die Abstimmung ergibt fünf Stimmen gegen den Gesetzentwurf. Sei; enthält sich.

In der Nachmittagsitzung wurde mit Berathung über den Gesetzentwurf, die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes betr., begonnen. Derselbe enthält den Bau zweier neuer Linien auf Staatskosten (die Wuttachthalbahn, Bahn von Eberbach nach Heidelberg), sowie eine Konzession für eine Privatbahn von Mannheim nach Worms. In der allgemeinen Diskussion wurde viel über Staats- und Privatbau und Betrieb pro und contra gesprochen. Kusel, Mühlhäusser und Kiefer haben Bedenken gegen weiteren Staatsbahnbau und befürchten, daß schließlich unsere Eisenbahnen sich nicht mehr rentiren. Bissing theilt diese Bedenken auch, ohne deswegen gegen das Gesetz zu stimmen.

Baumstark anerkennt die Leistungen der Kleinstaaten im Eisenbahnbau, will darin keinen Aufschub, da der künftige Großstaat den Einzeländern weniger Rechnung tragen werde. In der Spezialdebatte spricht Kirsner für die Wuttachthalbahn, Frey für Eberbach, Hummel für Mannheim. Das ganze Gesetz wird mit allen gegen 3 Stimmen (Kaiser, Kusel, Mühlhäusser) angenommen.

III. Mittwoch, den 16. März. 72. öffentl. Sitzung der 2. Kammer. Im Anschlusse an die gestrige Berathung erfolgte heute solche über die verschiedenen Eisenbahnpetitionen. Die Petitionen bezüglich 1) der Wuttachthalbahn, 2) einer Randenbahn, 3) Schaffhausen-Bülach wurden der Regierung zur Kenntnisaufnahme überwiesen, über die der Führung der Wuttachthalbahn durch das Aitrachthal zur Tagesordnung übergegangen.

Heilig und Poppen sprechen für die Bodenseegürtelbahn, bezüglich welcher Petition die Ueberweisung zur Kenntnisaufnahme an die Gr. Regierung beschlossen wird. Dasselbe Schicksal traf die Petitionen bezüglich einer Bahn von Haltingen nach Schwackenreuth einerseits von Weßkirch über Tuttlingen nach Immendingen andererseits. Bezüglich der Höllenthalbahn wurde der Antrag der Kommission, dem Staatsministerium dringend zu empfehlen, daß baldmöglichst erschöpfende Untersuchungen zur Auffindung der zweckmäßigsten, den Anforderungen von Bau und Betrieb möglichst entsprechenden Richtungslinie zwischen Freiburg und Donaueschingen vorgenommen werden möchten, einstimmig angenommen; nur Schupp wollte mit seiner Abstimmung die bezüglich des Baues nicht präveniren. (Schluß folgt.)

× Karlsruhe, 17. März. Der „N. B. Z.“ wird aus Rom vom 12. d. geschrieben:

„Heute kann ich Ihnen mittheilen, daß der hl. Vater den Wunsch der französischen Regierung, sich auf dem Concile durch einen Gesandten vertreten zu lassen, genehmigt hat. Cardinal Antonelli antwortete durch den Nuntius in Paris, daß der Gesandte des kath. Frankreichs mit allen ihm gebührenden Ehren empfangen werden würde. Dieses Schreiben wird in Paris heute oder morgen eintreffen und wahrscheinlich in den ersten Tagen der nächsten Woche übergeben werden.“

Das „tyrannische Priester-Regiment“ in Rom hat zum abschreckenden Beispiele für liberale Gewaltthaber bestregierter Länder dießseits des Ozeans wiederum einen verwegenen Akt ausgeübt. Es ließ nämlich der Papst die vor wenigen Jahren zum Tode verurtheilten Montanucci und Beali, diese später zu lebenslänglicher Galeere begnadigten Revolutionäre, auf vollkommen freien Fuß setzen.

Der Erzgothaer und Kaiserlicher-Gehilfe von 1849, Dr. Juchó in Frankfurt a. M., hat das in seiner Verwahrung befindlich gewesene Original-Dokument der von der deutschen Nationalversammlung von 1848 und 1849 beschlossenen Verfassung für das deutsche Reich an den norddeutschen Reichstag ausgeliefert.

Es ist uns nicht bekannt, ob Hr. Dr. Juchó hierzu die Ermächtigung aller noch lebender Mitglieder des deutschen Parlamentes eingeholt hat. Gesah diese Auslieferung ohne diese vorher erwirkte Zustimmung, so hat Dr. Juchó in Bezug auf das ihm anvertraute Gut der deutschen Nation gegenüber sich einer verwerflichen Eigenmächtigkeit schuldig gemacht. Die Großpreußen schlugen Kapital hieraus für das Unheil von 1866, das sie dadurch als das nationale Werk bestiegelt ansehen. Die „Frf. Ztg.“ bemerkt, es werde in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung, in denen man zwischen dem konstituierenden großdeutschen Reichsparlament und dem Bismarckischen Rump-Reichstage zu unterscheiden wisse, ein alter Schmerz flüchtig erneuert werden; weiter aber nichts.

Auch von einem Staunen wird nirgends die Rede sein, fährt das demokratische Blatt fort, wer überhaupt Kunde davon hatte, daß Dr. Juchó das Dokument der deutschen Reichsverfassung besah, wußte auch, daß dasselbe nicht in „treuen Händen“, sondern in denen eines Menschen lag, der den „Erfolgen“ von 1866 laut und eiligst zugejubelt, und ob dieser Mann den norddeutschen Reichstag als Rechtsnachfolger und Erben des Frankfurter Parlaments anerkennt, ist eine absolut gleichgültige Sache. Selbst der Simson des nordd. Reichstags hat die Auslieferung so traktirt und ist ohne eine der ihm sonst sehr geläufigen Phrasen darüber hinweggegangen. Vielleicht hatte er ein feineres Gefühl als jener verlorene Sohn von 1849 für die furchterliche Ironie, die darin liegt, daß man dem norddeutschen Reichstage die grundrechtliche magna charta der deutschen Nation überreicht, welche beide — die Nation und die magna charta — jener selbst zerreißen geholfen.

Aus Baden, 14. März, wird der „Bad. Landesztg.“ geschrieben: Es herrscht gegenwärtig unter den Professoren der Gelehrtenschulen Badens eine begreifliche Spannung, wem wohl das Glück den Parisapfel der Mannheimer Lyzeumsdirektion in die Hände spielt. Geeignete Kräfte lassen sich, dünkt uns in Baden zur Genüge finden, wenn, wie man bei Befetzung solcher Vertrauensposten voraussetzen darf, das Dienstalter keinen Hemmschuh anlegt. Allein die badischen Philologen sind etwas kleingläubig geworden, und trauen ihrem Glück nicht recht. Und so verlautet denn auch jetzt wieder, daß man vorhabe, die genannte hervorragende Stelle einem preussischen Schulmanne zu übertragen. Wir haben öfter und gerade in letzter Zeit wieder Gelegenheit gehabt, fast durchgängig die volle Zustimmung zur deutsch-freimüthigen Richtung der Politik unter den Professoren der badischen Mittelschulen zu bemerken; daneben aber nahmen wir zugleich eine gewisse Niedergedrücktheit wahr, welche wir um so natürlicher finden, als durch die nicht immer Vertrauen zu den eigenen Landeskindern bekundende Art der Befetzung von höheren Stellen ihnen der Muth für ihren schwereren Beruf sinkt und das Selbstgefühl benommen wird, indem sie kein lohnendes Ziel vor Augen haben. Von nachstehendem Falle wollen wir nicht untersuchen, ob er bloß Gerücht oder Thatsache ist: Es soll bei Vergebung einer in's philologische Fach einschlagenden, nur mittelbar dem Staat unterstehenden Stelle vorgekommen sein, daß man von beeinflussender, wenn auch nicht entscheidender Seite einem badischen Bewerber bemerkte, es sei auffallend, daß sich Niemand melde, bis jetzt seien nur Babener eingekommen; es werde deshalb die Stelle noch einmal ausgeschrieben. Dies geschah und die Stelle wurde einem Ausländer, der sich nachträglich beworben hatte, übertragen. Daraus sieht man jedenfalls, daß nach Außen auf der Badener Philologenwelt das Vorurtheil der Unzugänglichkeit lastet, ein Vorurtheil, dem nothwendig durch bezügliche Befetzung der Staatsstellen Nahrung gegeben wird. Und dies Alles, weil sie Babener sind?

+ Berlin. Der „Elberfelder Zeitung“ schreibt man von hier, 13. März:

In dem neuen, dem Reichstag so eben vorgelegten Militäretat pro 1871 kommen Mehrkosten zum Vorschein, welche man bisher unterlassen hat, als Folge der Reorganisation in Betracht zu ziehen: ich meine das rapide Wachsen des Etats für Offizierspensionen. Die stattgehabte Verdoppelung des aktiven Offizierskorps muß nothwendig auch eine von Jahr zu Jahr steigende Zahl pensionirter Offiziere zur Folge haben. Dazu kommt noch, daß in Folge des raschen Avancements bei der Vermehrung der Cadres die Offiziere in jüngeren Jahren an die bekannte „Majorsecke“ kommen, wo der scharfe Wind weht.“ Nach dem Prinzip, daß Offiziere, welche nach der Reihenfolge der Anciennität in dem Avancement übersprungen werden, ihren Abschied nehmen müssen, kommen also jüngere Altersklassen als früher zur Pensionirung; da nun die jüngeren Pensionäre eher in einem späteren als früheren Lebensalter sterben, vermehrt auch dieser Umstand die Zahl der pensionirten Offiziere. So ist denn allein in der preussischen Armee, einschließlich der kleinen Kontingente, die Zahl derselben nach dem vorliegenden Etat wieder um 215 gewachsen und beträgt jetzt schon 4583, das ist 39 Prozent der Zahl der aktiven Offiziere. Wir haben einschließlich

aller Prinzen u. Fürsten, sowie des Grafen Bismarck nur 211 aktive, dagegen 373 pensionirte Generale, so daß auf 718 Mann des stehenden Heeres ein pensionirter General kommt. Die Zahl der pensionirten Stabsoffiziere beträgt jetzt 2868, das ist weit mehr als das Doppelte der Zahl der aktiven Stabsoffiziere. Schon auf 93 Mann des stehenden Heeres kommt ein pensionirter Stabsoffizier. In diese Ziffern nicht einbegriffen sind alle diejenigen pensionirten Offiziere, welche in Folge von Zivilversorgung von dem Militärpensionsetat ausgeschlossen sind. Auch abgesehen von der steigenden Ziffer der Pensionäre muß der Pensionsetat steigen, weil die neu hinzukommenden in Folge der seit 1866 eingetretenen Gehaltserhöhungen, namentlich für die höheren Chargen, größere Pensionen erhalten. So erreichen denn die Pensionen für Offiziere und höhere Militärbeamte in der preuss. Armee nach dem Etat pro 1871 schon die Summe von 3,891,225 Thlrn., das ist nahezu der Betrag, welchen der preussische Etat für öffentlichen Unterricht, Kunst und Wissenschaft, Elementarschulen, Gymnasien, Universitäten, Akademien zc. aussetzt. Seit dem vorjährigen Etat ist die Summe wieder um 273,375 Thaler gewachsen. Daß hieran, wie in dem Etat glauben zu machen versucht wird, nicht bloß „die Nachwirkungen des letzten Krieges“ die Schuld tragen, liegt nach Obigem auf der Hand. Die Zahl der auf diesen Fonds angewiesenen Pensionäre hat sich von 5620 auf 5875, die Durchschnittspension von 643 auf 667 Thlr. erhöht. Umgekehrt hat der Etat der Pensionen für niedere Militärs von 1,850,735 Thlrn. auf 1,761,000 Thlrn. sich verringert, offenbar weil es gelungen ist, einen größeren Theil desselben durch Ausdehnung des Systems der Zivilversorgungen auf die Zivilverwaltung und die städtischen Kommunen abzuwälzen. In Summe verlangt der Pensionsetat für 1871 ein Plus von 197,101 Thlrn. Dieses Plus wird im Militäretat gedeckt, zunächst durch 53,234 Thlrn. Ersparniß an dem Titel „Bekleidung der Armee“, welche als Folge der „niedrigen Tuchbeschaffungspreise“ angegeben wird. Das noch fehlende findet seine Deckung in den 156,873 Thlrn., welche die Kleinstaaten pro 1871 konventionsmäßig an die Militärkasse mehr abzuführen müssen. Diese erhöhten Beiträge der Kleinstaaten sollten, so war 1867 der Plan, zur Formation der an der Organisation noch fehlenden Cadres, nämlich von drei Infanterie-Regimentern, drei Cavallerie-Regimentern und dreizehn reitenden Batterien verwendet werden. Die Gelder hierzu wird man nun wohl dem Reichstage in nächsten Jahre mittelst Erhöhung des Pauschquantums abverlangen. Zu Kasernenbauten wirft der neue Etat nur 316,000 Thlr. aus, und zwar für Bauten in Danzig, Stettin, Spandau, Minden und Lübeck. Auch für Festungsbauten wird nur die verhältnismäßig geringe Summe von 430,000 Thalern ausgeworfen, so daß man auch hierfür wohl in nächsten Jahre einen Extrakredit beanspruchen wird. Die Präsenzstärke der Armee ist verfassungsmäßig auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 festgelegt und beträgt daher unverändert 299,704 Mann. Das hindert indessen nicht, fortgesetzt das in diese Ziffer nicht einbegriffene Offizierskorps zu vermehren. Seit 1868 ist dasselbe etatmäßig um 316 Köpfe gewachsen, wovon 88 auf den neuen Etat pro 1871 kommen. Von den 316 neuen etatmäßigen Offizieren kommen 221 auf die „nichtregimentirte“ und die „besonderen Formationen“, woraus deutlich hervorgeht, daß auch nach Oben hin die Reorganisation noch immer nicht fertig werden kann. Analog den besonderen Erziehungsanstalten für Offiziere besteht auch für die Heranbildung von Militärärzten ein besonderes Institut, in welchem die Eleven auch Wohnung und Beköstigung empfangen. Zur Vermeidung eines besonderen militärärztlichen Kastengeistes ist die Aufhebung dieses Instituts und die Verwendung seiner Fonds zur Aufbesserung der Gehälter der Militärärzte wiederholt gefordert worden. Statt dem zu entsprechen, wird in dem neuen Etat eine Vermehrung der Elevenstellen von 100 auf 148 vorgesehen.

Mainz, 16. März. Gestern Mittag wurde ein Artillerie-Lieutenant, der bei einem Duell außerhalb Castell am Kopf verletzt wurde, in das Lazareth gebracht.

Das „Mainzer Abendblatt“ schreibt außer Obigem: Von kompetenter Seite wird uns mitgetheilt, daß die Notiz, die wir gestern brachten, daß nämlich ein Posten bei dem Gonsenheimer Kugelfang auf einen Mann aus Gonsenheim geschossen und denselben verwundet, durchaus unwarhaft sei.

Stuttgart, 17. März. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde der Antrag von Schott und Consorten in Betreff der Militärlast näher entwickelt. Es wird darin die Herabsetzung der Präsenzzeit bei der Infanterie und Artillerie auf 1 Jahr, bei der Reiterei auf 2 Jahre beantragt. Der Antrag wurde der Finanzkommission zur Berichterstattung zugewiesen und in dieselbe gewählt die Abgeordneten: Hofer, Cavallo, Mohl, Egelhof, Wiest, Schneider, Schwandner, Reibel, Deffner, Ammermüller, Dettinger, Hörner, Langberg, Waltherr, Niethammer. Die Finanz-



Kommission besteht also aus 10 Mitgliedern der großdeutschen demokratischen und 5 Mitgliedern der deutschen Partei.

**München, 15. März.** Wie man dem „Nürn. K.“ schreibt, wurde Fürst Hohenlohe am vergangenen Sonntag von dem König in einer langen Audienz empfangen und in wahrhaft schmeichelhafter Weise mit Versicherungen des allerhöchsten Dankes und ungeschwächten Vertrauens überhäuft. Auch bei der Hofstafel am 13. d. wurde der Fürst von dem König mit besonderer Auszeichnung behandelt. — Der Herzog von Nassau, der bekanntlich jüngsthin ein großes Landgut im bayerischen Oberlande angekauft hat, beabsichtigt nun hier ein Palais zu erwerben und künftig hier zu wohnen. (Fr. Z.)

**München, 16. März.** Die Verhandlung im Plenum der Abgeordnetenkammer über die außerordentlichen Kreditforderungen für Militärzwecke wird für die nächste Woche erwartet. Adressen gegen die jetzigen Militärverhältnisse laufen täglich zahlreicher ein. Von der Volkspartei ausgegangen, erhalten diese Adressen Unterschriften von Bürgern verschiedener politischer Richtung.

Prinz Vuitpold hatte auf den Todestag des Königs Max II. in der Hauskapelle seines Palais eine Seelenmesse abhalten lassen, welcher der Prinz mit den sämtlichen Mitgliedern seiner Familie anwohnte.

### Ausland.

**Rom, 11. März.** Ein Protest gegen das Dekret, das die Geschäftsordnung des Concils in der bekannten Weise regelt, soll in der That existieren, allein weder der Wortlaut noch die Unterschriften desselben sind bis jetzt auch nur in beschränkter Form in die Öffentlichkeit gelangt.

Der Prinz von Asturien ist wieder abgereist. — Nach den Berichten des außerordentlichen Gesandten besteht die Wahrscheinlichkeit, daß sich die armenischen Wirren demnächst beilegen; eine große Anzahl Widerspenstiger hat sich bereits wieder mit ihrer Mutterkirche ausgesöhnt.

Die armenischen Bischöfe mit ihrem Patriarchen haben schon vor einiger Zeit ein „Postulatum“ an das vaticanische Concil verfaßt, worin sie verlangen, daß die Frage von der päpstl. Unfehlbarkeit, über welche in der armenischen Kirche nie ein Zweifel obgewaltet habe, und für welche alte und zahlreiche Zeugnisse ihrer Väter, und die geschichtlichen Urkunden ihrer Kirche sprechen, und welche alle ihre hl. und orthodoxen Bischöfe stets gelehrt haben, sobald als möglich im Concil verhandelt werden möge. Unterzeichnet sind diesem Postulatum 11 armenische Bischöfe und der Patriarch.

Man glaubt, daß in der nächsten Woche wieder eine Generalcongregation, die 30., stattfinden werde. Das von dem Erzbischof von Mecheln und den Bischöfen von Baderborn und Poitiers im Auftrage modifizierte Dekret „De fide“ soll in dieser Sitzung beraten werden. Man wird über dieses Dekret die Abstimmung vornehmen. Am 25. März, dem Feste Mariä Verkündigung, soll sodann eine öffentliche Sitzung stattfinden, in welcher dieses Dekret, das erste des vaticanischen Concils, votirt und dessen Promulgation vom Papste beschlossen wird. Auch für die Beratung des Dekretes für die Unfehlbarkeits-Erklärung wird noch vor Ende März die General-Congregation abgehalten, und, wo möglich noch vor Ostern, wird dann das Dekret in öffentlicher Sitzung votirt werden. Sollte jedoch vor dem Osterfeste die öffentliche Session nicht gehalten werden können, so findet dieselbe jedenfalls noch in der Osterwoche, wahrscheinlich am Ostermontag, statt.

Unter dem Zeichen des hochw. Bischofs von Rottenburg wird dem „D. V. Bl.“ aus Rom, 10. d. M., geschrieben:

„Eben wird hier bei den Bischöfen ein Dokument zur Unterschrift umhergegeben, worin der Papst gebeten wird, im Ave Maria die Worte beizusetzen: immaculate concepta (unbefleckt empfangen). Ueberhaupt werden allerlei Anjinnen an Papst und Concil gestellt und die Bischöfe mit allerlei Dingen und Anforderungen belästigt. So erzählte mir heute mein Tischgenosse, der Bischof und apostolische Vikar von Peking in China, daß ein solcher Unterschriften-Colporteur zu ihm gekommen sei und seine Unterschrift bereits besessen habe. Er hatte sie irgendwo ausgeschnitten und in seine Riste aufgeklebt. Vielleicht geschah es zu ähnlichem Zwecke, daß heute Vormittags, während ich in der Versammlung bei Kardinal Rauscher war, ein italien. Laie die Visitenkarte, die an meiner Thür angeheftet war, vor den Augen meines kleinen Dieners abgerissen und mitgenommen hat.“

**Paris, 15. März.** In der römischen Concil-Angelegenheit bestätigen die verschiedenen in Bezug auf die Regierung in Umlauf gesetzten Gerüchte sich durchaus nicht. Wie bisher ist das Cabinet auch in dieser Frage vollkommen einig und durchaus kein Ministerwechsel zu erwarten. Die Antwort aus Rom, bezüglich Zulassung eines außerordentlichen Vertreters Frankreichs zu den Beratungen des Concils, ist bereits hier eingetroffen und wie zu erwarten stand, zustimmend ausgefallen. Was die Ernennung dieses außerordentlichen

Vertreters betrifft, so hat dieselbe noch nicht stattgefunden und werden verschiedene Namen wie Latour d'Auvergne, Herzog Broglie &c. genannt.

Der „Moniteur“ glaubt zu wissen, daß schon Montag bei Wiederbeginn der Kammeritzungen eine Interpellation, bezüglich der römischen Angelegenheit eingebracht werden wird und daß der Minister Daru durchaus nicht gegen dieselbe ist.

Der „Gaulois“ veröffentlicht folgende drei Nachrichten, die man für vollkommen richtig halten kann: Die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen werden täglich gespannter. Erzherzog Albrecht hat sehr befriedigt Paris verlassen. Fürst Hohenzollern, der vom König von Preußen nach Florenz geschickt wurde, um die seit 1866 erkalteten Beziehungen zwischen Italien und Preußen wieder zu verbessern, soll in seiner Mission gänzlich gescheitert sein.

König Leopold von Belgien wird nächster Tage zum Besuch in den Tuileries erwartet. Vicomte de la Guéronnière wird denselben hierher begleiten.

Gestern hat ein mehrstündiger Ministerrath unter Vorsitz des Kaisers stattgefunden und soll dabei die römische, sowie die Amnestiefrage verhandelt worden sein. In Bezug auf Letztere erfährt die „Presse“, daß dieselbe auf Vorschlag des Justizministers sich auf alle Preshvergehen ausdehnen soll.

Beim Justizminister fand Sonntag ein großes Diner statt, welchem auch der Fürst Metternich und der englische Gesandte Lord Lyons bewohnten.

Es fällt allgemein auf, daß der preussische Gesandte in keinem der ministeriellen Salons zu sehen ist, überhaupt auch an keiner der letzten Festlichkeiten theilgenommen hat.

**Brüssel, 15. März.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte der Ministerpräsident Frère Orban ein neues Wahlgesetz vor und führte dabei aus, es sei Absicht der Regierung, die Befugniß zur Theilnahme an den Wahlen zu erweitern, ohne daß sie jedoch der ungebildeten Masse anheimfallen.

**Karlsruhe, 18. März.** Die „Heid. Z.“ brachte kürzlich in Bezug auf die Selbstentleerung des in Rickenbach stationirt gewesenen Gendarmen einen unerhörten bössartigen Schand- und Hezartikel, der das prot. Volk der Pfalz in nicht geringe Erregung versetzt haben mag. Selbst dem „Abboten“ war die Lüge zu dick, so daß er und die „Konst. Ztg.“ sich beikillen, den schlimmen Eindruck zu entkräften. Vom „Trompeter“ wird über die Sache nun geschrieben: „Es war denn doch etwas „starker Luwal“ für die Leser des „unabhängigen“ Amtsverkündigers, daß bei uns ein Gendarm sich um's Leben gebracht haben soll, weil ihm die bösen Hosen kein Logis gaben! Wer in der Welt soll diesen Unfinn glauben, den sogar aus der „Heidelberger Zeitung“ man sich mußte aufstehen lassen. Ein armseliges Zeugniß hätte man unseren babylonischen Zuständen nicht ausstellen können; ein solcher Korrespondent gehört öffentlich als Verächter an den „habisschen Errungenchaften“ gebrandmarkt. Aber Haß macht blind! Ueber die Verdächtigungen der katholischen Geistlichkeit schweigen wir — die einfache Thatsache genügt, daß der kathol. Geistliche kein Recht hat, einen Protestanten zu beerdigen, da in der Amtsstadt ein protest. Geistlicher ist!“

**Freiburg.** In unserer Stadt ist schon einige Jahre her die Baulust eine sehr regte. Im Dezember v. J. wurden 264 neue Gebäude zur Brandversicherung eingeschätzt mit einem Steuerkapital von 1,009,700 fl. Wenn nicht Alles trügt, sagt der „Oberh. Kur.“, wird die Baulust die größte im Jahre 1870 sein, seit der im Späthjahr 1859 begonnenen großartigen Bauperiode der Stadt Freiburg.

**Mannheim, 14. März.** Der Eröffnungstermin der Mannheim-Karlsruher Rheinbahn ist auf den 1. Aug. hinausgerückt worden.

Am 8. d. M. hielt hier die Gesellschaft für Dampfkesselversicherung ihre Jahresversammlung. Nach dem Jahresbericht betrug die Einnahme 4611 fl., die Ausgabe 3683 fl. Die Gesellschaft hat gegenwärtig 349 Kessel zu überwachen und die Anstellung eines Inspektors in Freiburg beschlossen, dem später (bei der Ausdehnung der Gesellschaft über Frankfurt, Mainz, Nassau &c.) ein solcher mit dem Sitz in Mainz folgen soll.

Mannheim, den 16. März. Die Leiche des seit langen Jahren hier wohnhaft gewesenen Herrn v. Benningen, der gestern todt in seinem Bette gefunden wurde, ist heute nach dem Familienbegräbniß nach Eichersheim überbracht worden.

**Heidelberg, 13. März.** Auch Fremde werden sich dafür interessieren, daß nach unserer Schloßruine ein neuer, schöner und bequemer Fahrweg angelegt werden soll. Der einzige, der bisher dahin führte, ging durch die enge, unaubere „Bergstadt“ steil empor. Der neue wird den alten schon weit unten verlassen und zur Seite der Bergstadt, mit der prachtvollen Aussicht auf das Neckartal, die Stadt, das Schloß und die Ebene, allmählig emporsteigen bis unterhalb des Schloßes, dort zurückbiegen, um die Bergstadt oberhalb der Mitte zu durchschneiden und auf der andern Seite derselben hinter der südlichen Häuserreihe fortlaufend den Eingang des Schloßes zu erreichen. Die Seite des neuen Weges nach dem Thale zu soll der Aussicht wegen nicht verbaut, nur zu Gartenanlagen benutzt, die Seite nach dem Berge aber zu Baupläzen abgegeben werden.

Heidelberg, 15. März. Als diesen Nachmittag um 2 Uhr der Eisenbahnzug aus dem Oberlande kommend hierher brauste, legte sich zwischen Leimen und Kirchheim der Landwirth Reinhardt aus Leimen auf das Schienengeleise und wurde ihm augenblicklich der Kopf vom Kumpfe getrennt. Der Unglückliche soll schon seit einiger Zeit Spuren von Geisteslöschung an den Tag gelegt haben. (L. Z.)

**Weinheim, 14. März.** Hohe, einflussreiche Personen sollen sich für das Zustandekommen der Eisenbahn von Michelstadt-Weinheim-Bienheim-Mannheim verwenden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Schätze des Odenwaldes dadurch aufgeschlossen und entfernteren Gegenden leicht zugänglich gemacht würden.

**Konstanz, (Fr. St.)** Wie kommts? Nach dem Vorschlage zur Spitalrechnung dahier pro 1868/69 hätte eine Ersparniß von 2000 fl. erzielt werden sollen; nach dem Abschluß der Rechnung aber ergab sich ein Defizit von 7—8000 fl., beziehungsweise 8—10,000 fl. Kennt man dies allenfalls einen Musterhaushalt?

Von der bad. Regierung ist bei dem Schweizer Bundesrath die Anregung gemacht worden, für die Tiefenerlegung der Hochwasserstände des Untersee's gemeinsame Vorkehrungen zu treffen, zu deren Vereinbarung sie die Abhaltung von Konferenzbesprechungen vorschlägt. Der Bundesrath hat den Antrag vorerst den Regierungen von Thurgau und Schaffhausen zur Begutachtung mitgetheilt.

Von der Wuttach, Achdorf, 9. März. Am Feste des hl. Joseph, Samstag den 19. d. M., werden drei Redemptoristen, der hochw. Hr. P. Rector Sigrang und die hochw. H. H. Grisar und Hegenberger aus dem Kloster zu Landsee im Elßaß eine hl. Mission hier beginnen, welche etwa 10 Tage dauern wird. (Erptr.)

**Aus Baden.** Wie die „Bad. Chr.“ schreibt, war auf das Leben des Hrn. Stromeyer in Konstanz ein Attentat beabsichtigt, von einem Menschen, der früher bereits mit Steinen in das Wohnzimmer Stromeyer's aus Rache geworfen haben soll. Die wachsame Polizei sah das Individuum Stromeyer's Haus umschleichen, nahm dasselbe fest und fand eine geladene Pistole bei ihm. — Aus Pforzheim vom 14. d. M. wird gemeldet, daß Donnerstag früh 4 Uhr einem unterhalb Gutingen stationirten Bahnwart ein Schuß Schrote in das Schlafzimmer abgefeuert wurde, wovon 8 in die Bettdecke eindrangen, glücklicher Weise aber Niemand verletzt wurde. Der mutmaßliche Thäter, ein Bahnarbeiter von Gutingen, wurde noch denselben Tag verhaftet, da man in seinem Besitze eine frisch abgeschossene Kinte vorfand.

In Mannheim wird dem großen Ausschuss eine Petition an das Staatsministerium in Betreff der Gemeindebesteuerung vorgelegt werden. Die Petition befürwortet die Einkommensteuer statt der bisherigen Besteuerungsart.

Die „Konst. Ztg.“ schreibt: „Wie man dem „Schaffhauser Tagblatt“ schreibt, macht Baden mit seiner Dampfschiffahrt auf dem Untersee Ernst. Mit Mai sollen täglich zwei Schiffe von Radolzell nach Stein fahren, mit Berührung der beiderseitigen Ufer.“

Der 11jährige Theodor Boffart von Wallhausen erhielt kürzlich vom Ortschulrath in der Schule eine öffentliche Belobung und durch aroßh. Bezirksamt Konstanz eine Belohnung von 50 fl., weil er diesen Winter mit eigener Lebensgefahr und großem Muthe einen 63 Jahre alten Mann, der aus einer Gondel kopfüber in den See gestürzt und halb erstarrt und besinnungslos war, vom Tode des Ertrinkens rettete.

**Karlsruhe, 16. März.** Dem Verneimen nach wird Montag, den 21. d. M., der neu gebildete polytechnische Instrumentalverein unter Mitwirkung einiger Musikfreunde ein Konzert zu wohlthätigem Zwecke im Museum veranstalten. (L. Z.)

**Karlsruhe, 18. März.** 73. öffentl. Sitzung der 2. Kammer. Auf der Regierungsbank Kriegsminister v. Beyer. Geh. Rath Dr. Brauer, M. R. Dingner. Auf der Tagesordnung: Das Militärstrafgesetzbuch. Huffschildt erstattet mündlich Bericht. An der Generaldebatte theilnehmen sich v. Sulat, Köpfer, Baumstark, Riefer, Käf. Spezialdebatte: Zu § 2 konstatirt v. Beyer die Uebereinstimmung der großh. Regierung zu den Abänderungen der Kommission mit Ausnahme der bezüglich der Todesstrafe. —

Wird die Sitzung um 12 Uhr auf eine halbe Stunde ausgesetzt.

Die 1. Kammer hat den Antrag der 2. Kammer auf Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt.

### Literarisches.

Was die ersten Hefte des zwölften Jahrgangs von **Ueber Land und Meer**, allgemeine illustrierte Zeitung, herausgegeben von F. W. Hackländer (Stuttgart, Ed. Hallberger) versprochen, halten die uns vorliegenden neuesten Hefte 4, 5 und 6 in glänzendster Weise. Es ist wirklich erstaunlich, was ein solches Heft — trotz des fabelhaft geringen Preises von 5 Sgr. — den Lesern Alles bietet. Es enthält bei schöner Ausstattung nicht nur den interessantesten und gebiegensten, unterhaltenden und belehrenden Lesestoff aus den besten deutschen Originalfeuern: im Umfange eines Romanbandes, sondern daneben noch einige 20 treffliche große Illustrationen hervorragender Welt- und Tagesereignisse, reizende Genrebilder, Porträts bedeutender Persönlichkeiten und erheiternde Humorbilder. Die vorliegenden Hefte bieten unter Anderem den hochspannenden Roman von F. W. Hackländer: „Geschichten im Zirkus“, Novellen von Gutzkow, Edmund Hofer, Arnold Wellmer, und eine Fülle der interessantesten Artikel von Gerstäcker, W. Binkler, Aug. Silberstein, Schmidts-Weisenfels, J. Allemann, Karoline Bauer (Aus meinem Bühnenleben), Dr. med. G. Klende (Gesundheitslehre für's Haus), Dr. Karl Ruy (Aus des Apothekers Küche), A. Löwenstein (Humoresken), Hermann Grieben, Ernst Eckstein, H. v. Dewall, Gedichte von Hermann Lingg, J. B. Schöffel u. v. a. „Ueber Land und Meer“ ist jetzt ohne Frage nicht nur das inhaltreichste, vielseitigste und prachtvollste, sondern auch das wohlfeilste deutsche Familienblatt, dessen Anschaffung wir jedem unserer Leser und Leserinnen aufs Wärmste wiederholt empfehlen.

Wie sehr die Verlagsbandlung bestrift ist, ihren Abonnenten auf „Ueber Land und Meer“ neben der gebiegensten und prachtvollsten Ausstattung des beispiellos billigen Journals selbst außerdem noch Freude zu machen und Ueberrassungen zu bereiten, beweist sie, nachdem sie mit Beginn des Jahrgangs den großen Prachtstahlstich „Gaut und Gretchen“ für nur 7 1/2 Sgr. als kleinen Beitrag zu den Herstellungs-kosten offerirte, jetzt auf's Neue durch die vor Kurzem erfolgte Ankündigung des „Familien-Albums“ für die Abonnenten von „Ueber Land und Meer“, wovon demnächst die erste Lieferung mit 3 Kunstblättern größtes Royal-Folio zur Ausgabe kommen soll.

Druckfehlerberichtigung. In Nr. 65, dritte Seite 2. Spalte Zeile 6 v. u. im „Glücklichen Fund“ ist zu lesen: „den Knochen des Fastenpatents“ statt „das Krachen“.



